

# Bis zu 60 Prozent der Unterschriften genügen den gesetzlichen Anforderungen nicht

**Unterschriftenbschiss geht weiter** Bei Sammlungen für neue Initiativen verzeichnen Gemeinden hohe Ungültigkeitsquoten. Gesammelt wurde zum Teil von SVP-nahen Firmen, hinter denen eine Zürcher Kantonsrätin, ein Werber und ein Romand stehen.

Thomas Knellwolf

Ein Jahr ist verstrichen seit der Enthüllung, dass Tausende Unterschriften für eidgenössische Volksinitiativen gefälscht worden sind. Ab vergangenem September bewegte der von dieser Redaktion enthüllte Skandal die Schweizer Öffentlichkeit. Doch nach der Kür des Begriffs Unterschriftenbschiss zum Deutschschweizer Wort des Jahres 2024 wurde es eher ruhig um die Problematik.

Nun tauchen neue Merkwürdigkeiten und Unregelmässigkeiten auf. Sie betreffen insbesondere alle drei Unterschriftensammlungen, die sich momentan bei der Bundeskanzlei zur Auszählung befinden. Eine Initiative wendet sich gegen eine Annäherung des Landes an die EU, zwei richten sich gegen gemäss Komitee schädliche Windenergie-Vorhaben.

Bei diesen beiden parallelen Landschafts- und Naturschutz-Anliegen der Windrad-Gegnerschaft fielen in der Romandie ausserordentlich hohe Ungültigkeitsquoten auf, als Kommunen eingereichte Unterschriften prüften (sie tun das, ehe die Bundeskanzlei eine zweite Kontrolle durchführt, zusammenzählt und so über das Zustandekommen eines Volksbegehrens befindet). Westschweizer Gemeinden stellten fest, dass auf zahlreichen Bögen 30, 40 oder 50 Prozent der Angaben nicht den gesetzlichen Anforderungen genügten, vereinzelt gar 60 Prozent.

Diese Redaktion konnte einen Teil der kommunalen Rückmeldungen einsehen. Dabei fällt auf: Bisweilen wussten rund 20 Prozent der angeblichen Unterzeichnerinnen und Unterzeichner ihr Geburtsdatum nicht (oder sie schrieben es nicht korrekt auf). Vielfach waren zudem Adressen nicht richtig.

Da die meisten Menschen wissen, wann sie geboren wurden und wo sie wohnen, steht hier die Frage von Fälschungen im Raum. Wie kamen die Merkwürdigkeiten und Unregelmässigkeiten zustande?

## Der Schäfchenplakat-Schöpfer mischt mit

Die Windrad-Gegnerschaft hat für einen eher kleinen Teil der Sammlung auf einen kommerziellen Anbieter gesetzt – und zwar auf einen mit vergleichsweise gutem Ruf: die Sammelplatz Schweiz GmbH. Chefin dort ist die Zürcher SVP-Kantonsrätin Susanne Brunner. Neben ihr gibt es zwei Geschäftsführer. Alle aus dem Trio haben bei der Gründung der Gesellschaft vor fünf Jahren je ein Drittel des Kapitals eingeschossen.

Einer der drei ist Alexander Segert, eingebürgerter Hamburger, SVP-Präsident im zürcherischen Andelfingen und einer der bekanntesten rechten Politiker im deutschsprachigen Raum. Er und sein Unternehmen Goal AG haben viele Kampagnen aus der SVP geprägt – darunter jene ebenso legendäre wie umstrittene mit dem Sujet eines



SVP-Nationalrat Andreas Glarner (links) weibelt gegen Regulierungen bei kommerziellen Sammlungen von Unterschriften. Susanne Brunner betreibt mit Alexander Segert (rechts) eine Sammelfirma. Aus der Westschweiz werden sie von Kevin Grangier unterstützt.

Collage: Michael Truthardt. Fotos: Jonathan Labusch, Rahel Zuber, Christian Brun, PD, Getty Images

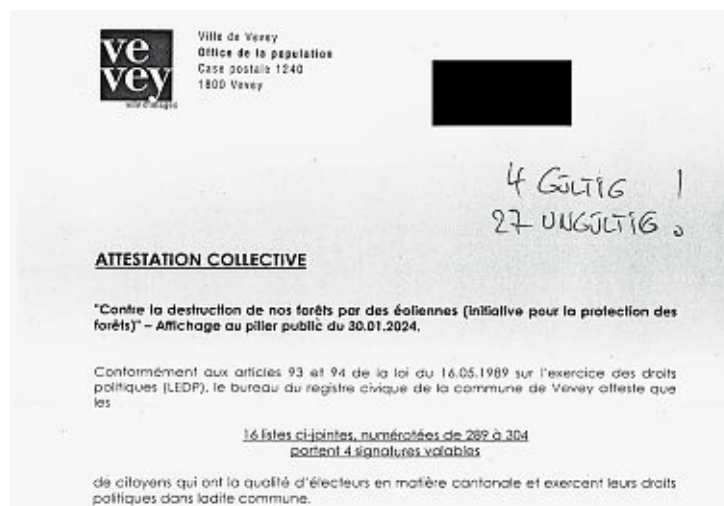
schwarzen Schafs bei der Ausschaffungsinitiative von 2010. Auch die deutsche AfD profitierte schon von der Unterstützung durch die Werbefirma.

Die Sammelplatz Schweiz GmbH gibt im Handelsregister ihren Sitz im Zürcher Seefeld an, wo SVP-Kantonsrätin Brunner ihre eigene Beratungsfirma für politische Kommunikation betreibt. Bei den Sammelplatz-Unterschriftensammlungen jedoch laufen die Fäden bei Segert und der Goal AG im Zürcher Weinland zusammen. Zum Beispiel sollen Gemeinden geprüfte Bögen dorthin schicken. Der neben Segert zweite Sammelplatz-Geschäftsführer, der junge Glarner Nicola Tinner, ist gleichzeitig Geschäftsführer bei Goal.

## Das Comeback des Incop-Manns

Beim Aufliegen des Unterschriftenbschisses vor einem Jahr hatte Sammelplatz-Chefin Brunner erklärt, man habe mit den Konkurrenzunternehmen, die damals Schlagzeilen machten, «nichts zu tun».

Sammelplatz hat aber, wie sich nun zeigt, bei den jüngsten Sammlungen zumindest zum Teil auf Akteure gesetzt, die bereits beim Aufliegen des Skandals negativ auffielen. Einer von ihnen spielte eine zentrale Rolle bei der Firma Incop. Dem Lausanner Sammelunternehmen kam beim Skandal vor einem Jahr eine zentrale Rolle zu. Nun wird Incop liquidiert.



Die Stadt Vevey bescheinigte auf 16 Bögen der Waldschutzinitiative vier gültige Unterschriften. Ausschnitt aus dem Schreiben mit Schwärzung durch die Redaktion.

Doch bis vor wenigen Monaten war der frühere Incop-Kadermann für Sammelplatz in der Westschweiz unterwegs. Dies belegen Stempelabdrucke und seine Sammelplatz-Mitarbeiternummer auf Unterschriftenbögen. Vor dem früheren Incop-Mann, der einst sogar in Frankreich ein politisches Amt ausübte, hat die Bundeskanzlei vor einigen Monaten die Gemeinden gewarnt. Die Zürcher Einwohnerämter haben diese Warnung sogar im Internet publiziert, wie SRF publik machte.

Der Ex-Incop-Kadermann beteuert auf Anfrage, er habe nichts Unrechtes getan. Gemäss eigenen Angaben sammelte er 2025

für die Kompassinitiative gegen eine Schweizer «EU-Passivmitgliedschaft», die Grenzschutzinitiative der SVP sowie für die beiden Anti-Windrad-Initiativen. Wie sich nun zeigt, war dabei der Anteil ungültiger Unterschriften bei ihm öfters hoch.

Andere bezahlte Sammlerinnen und Sammler aus der Westschweiz oder aus dem grenznahen Frankreich verzeichneten ähnlich schlechte Quoten. Zumindest zum Teil wurden sie vom umtriebigen Lausanner Kampagnenunternehmer Kevin Grangier angeheuert. Dieser war bis vor einigen Monaten Präsident der Waadtländer SVP, und er gilt als Bindeglied von Sammelplatz in die Romandie.

Grangier räumte beim Westschweizer Radio RTS in Bezug auf den Ex-Incop-Kadermann ein, er habe «tatsächlich mit dieser Person zusammengearbeitet, bis wir von den zuständigen Behörden auf die Integrität der Arbeit dieser Person hingewiesen wurden». Er habe nichts von der Vergangenheit des Sammlers bei der umstrittenen Firma gewusst. Auf Anfrage will sich Grangier weder zu den Mandaten von Sammelplatz noch zu den Personen äussern, die für ihn Unterschriften beschafften. Mit den aktuellen Auffälligkeiten bei Unterschriftensammlungen habe er «nichts zu tun»: «In meiner Agentur akzeptieren, übernehmen und vergüten wir nur von den Gemeinden beglaubigte Unterschriften.»

## Die auffällige Handschrift aus dem Tessin

Sammelplatz reagierte nicht auf Anfragen dieser Redaktion. Die Zürcher SVP-Kantonsrätin Brunner und ihre Geschäftspartner verzichteten damit auch auf eine Stellungnahme zu Aktivitäten ihrer Firma im Tessin. Dort hat eine Person, die für Sammelplatz unterwegs war, immer wieder ganze Teile von Unterschriftenbögen eigenhändig ausgefüllt – und zwar stets mit derselben auffälligen Handschrift. Adressen liess sie dabei meist weg, obwohl dafür ein Feld vorgesehen ist.

Die Sache hat einen Haken: Gemäss Gesetz müssen Vor- und Nachnamen sowie die Unter-

schrift durch die Stimmberechtigten selbst eingetragen werden. Dies war bei Sammelplatz im Tessin oft nicht der Fall. Doch viele Tessiner Gemeinden winkten Bögen mit dem Sammelplatz-Stempel, die in dieser Hinsicht mangelhaft waren, einfach durch.

## Der Bundeskanzler musste hinausgehen

Sammelplatz hat sich nach Aufliegen des Unterschriftenbschisses selbst gerühmt, in 31 Sammlungen fast 600'000 Unterschriften zusammengetra-

## Da die meisten Menschen wissen, wann sie geboren wurden und wo sie wohnen, steht hier die Frage von Fälschungen im Raum.

gen zu haben: «Juristisch beanstandete Unterschriften: 0.» Diese Angaben verschwanden von der Firmenwebsite, nachdem diese Redaktion Ende 2024 über fast 4000 nachträglich entdeckte falsche Unterschriften aus Genf berichtet hatte. Davon stammte gemäss mehreren Quellen ein guter Teil von Sammelplatz. Stellung nehmen wollten die Verantwortlichen des Unternehmens bereits damals nicht.

Chefin Susanne Brunner hat sich früher gegen griffigere Regeln für kommerzielle Sammlungen gewehrt. Die meisten ihrer Deutschschweizer SVP-Kolleginnen und -Kollegen tun es ihr gleich. Damit finden sie im bürgerlichen Lager Unterstützung – zuletzt vor einem Monat in der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats.

Dort informierte Bundeskanzler Viktor Rossi über den freiwilligen Verhaltenskodex, den ein von ihm einberufener runder Tisch ausgearbeitet hatte. Er erwähnte auch, dass seine Behörde daran sei, eine fünfte Strafanzeige wegen Wahlbetrugs auszuarbeiten. Und er signalisierte, dass es gut wäre, wenn die Bundesanwaltschaft in der Sache bald Anklage erheben würde.

Ehe Rossi Fragen beantwortet konnte, stellte SVP-Vertreter Andreas Glarner den Antrag, die Diskussion vorzeitig abbrechen und abzuwarten, was die – auch gemäss seinen Ausführungen schleppend verlaufenden – Strafuntersuchungen ergäben. Glarner kam gemäss Recherchen mit knappem Mehr durch. Der Bundeskanzler musste das Sitzungszimmer verlassen.

Daraufhin lehnte die Kommission mehrere Vorstösse zur Bekämpfung von falschen Unterschriften jeweils knapp ab. Dabei ging es um ein Verbot kommerziellen Sammelns, aber auch um weniger weit gehende Massnahmen wie eine Bewilligungspflicht für Sammelfirmen.